

Jens Kamieth (CDU): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Die SPD-Fraktion hat für den heutigen Tag eine dritte Lesung für das neue Kinderbildungsgesetz beantragt. Bereits gestern haben wir uns in der zweiten Lesung über die von SPD und Grünen zu verantwortende strukturelle Unterfinanzierung des Systems der Kindertagesbetreuung

(Michael Hübner [SPD]: Nee, nee, nee!)

in unserem Land ausgetauscht.

(Michael Hübner [SPD]: Wir machen die dritte Lesung, damit Sie es heute lernen!)

Wir haben besprochen, dass deswegen die Trägervielfalt und die Qualität der frühkindlichen Bildung akut gefährdet wurden.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Bis wann gilt das noch? – Drei Haushalte dahinter!)

Mit den folgenden Maßnahmen – ich wiederhole mich da gerne, auch für Sie, Herr Mostofizadeh – verbessern wir die frühkindliche Bildung bei uns im Land ganz konkret:

deutlich höhere Kindpauschalen, mehr Mittel für Familienzentren, mehr Mittel für die alltagsintegrierte Sprachförderung, angehobene Zuschüsse für die Kindertagespflege, mehr Geld für Fortbildung und Qualifizierung, Mittel für die bedarfsorientierten Öffnungszeiten, eine Kita-Platz-Ausbaugarantie und ein weiteres elternbeitragsfreies Kindergartenjahr sowie last, but not least, verbesserte Arbeitsbedingungen für Erzieherinnen und Erzieher zum Beispiel durch Leitungsfreistellung.

Meine Damen und Herren, die finanziellen Investitionen sind der eine Aspekt. Um es an dieser Stelle noch einmal zu sagen: Es sind jährlich 1,3 Milliarden Euro zusätzlich an Bundes-, Landes- und Kommunalmitteln, davon rund 1 Milliarde Euro allein für mehr Qualität in der frühkindlichen Bildung.

Ein anderer Aspekt, der uns und mir persönlich ganz besonders am Herzen liegt, ist die Stärkung von Demokratie und Partizipation von Anfang an. Deswegen haben wir mit § 16 des neuen Kinderbildungsgesetzes klargestellt, dass in Zukunft die altersgerechte Einbindung in Entscheidungsprozesse zur Bildungs- und Erziehungsarbeit obligatorisch ist.

Das neue KiBiz stellt klar, dass zum Wohle der Kinder und zur Sicherung ihrer Rechte geeignete Verfahren zur Beteiligung und Mitbestimmung vorzusehen und zu praktizieren sind. In einigen Kitas zum Beispiel bei den Johannitern wird dies bereits heute vorbildlich praktiziert.

Unser Ziel ist es, dass dieses Modell zukünftig in allen Kitas in Nordrhein-Westfalen gelebt wird. Damit wollen wir einen Beitrag dafür leisten, dass schon unsere Kleinsten das Rüstzeug an die Hand bekommen, um sich zu selbstbestimmten Persönlichkeiten

in einer demokratischen, offenen und toleranten Gesellschaft zu entwickeln.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Meine Damen und Herren, auch wenn die Meinungen an der einen oder anderen Stelle auseinandergehen, bin ich mir doch sicher, dass über die Sinnhaftigkeit dieses Punktes in diesem Hohen Hause weitgehend Einigkeit herrscht.

Partizipation und Mitbestimmung sind zwei ganz wesentliche Schlüsselbegriffe im Zusammenhang mit der Entstehung des neuen Kinderbildungsgesetzes. Um Ihnen dies zu veranschaulichen: Unser Familienminister Dr. Stamp hat mit der Berufung eines KiBiz-Beirates Expertinnen und Experten aus der Praxis eng eingebunden.

(Wolfgang Jörg [SPD]: Das war eine Zahnarztpraxis!)

CDU und FDP haben zwei große Werkstattgespräche durchgeführt. An diesen haben Hunderte von Praktikerinnen und Praktikern teilgenommen und gemeinsam mit uns diskutiert. Die Fraktionen von CDU und CSU haben ebenfalls einen sehr transparenten und partizipativen Weg hin zu einem neuen Kinderbildungsgesetz gewählt.

(Dr. Dennis Maelzer [SPD]: Da hat sich auch nichts geändert, ne?)

Selbstverständlich haben Dutzende, wenn nicht gar Hunderte Gespräche mit allen Beteiligten hier bei uns im Landtag – herzlichen Dank an meine Mitstreiter im Arbeitskreis –, in vielen Wahlkreisen vor Ort und damit in ganz Nordrhein-Westfalen stattgefunden.

(Beifall von Christina Schulze Föcking [CDU])

Wir sind dankbar für all die vielen guten Hinweise und haben zahlreiche Anregungen aus der Praxis aufgenommen, um das neue KiBiz im Gesetzgebungsverfahren noch besser zu machen.

Auch mit Blick auf die Anhörung haben wir wichtige Punkte aufgenommen und einfließen lassen. Um es auf einen Nenner zu bringen: zuhören, entscheiden, handeln.

Meine Damen und Herren, gemeinsam verbindet uns nämlich das Ziel, unseren Kindern beste Bildungschancen von Anfang an zu bieten. Diesem Anliegen werden wir mit dem vorliegenden Gesetzentwurf gerecht. Ich sagte es bereits: Mit dem neuen KiBiz wird nicht alles anders, aber vieles besser.

Noch ein ganz wichtiger Punkt zum Schluss: Mit der Evaluation des neuen KiBiz ab Tag eins stellen wir sicher, dass sich die Fehler der Vergangenheit nicht wiederholen.

Apropos Fehler der Vergangenheit: Ich komme noch mal zur SPD. Sie bringen jetzt zur dritten Lesung einen Änderungsantrag ein. Wir hätten gestern in der zweiten Lesung intensiv darüber diskutieren können. Das zeigt, hier wird politischer Klamauk veranstaltet.

(Eva-Maria Voigt-Küppers [SPD]: Der scheint Ihnen aber wehzutun, der Klamauk!)

Diesen können wir hier nicht mittragen. Wir sind überzeugt davon: Heute ist ein guter Tag für die Zukunft unserer Kinder und damit für die Zukunft unseres Landes. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Kamieth. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der SPD Herr Kollege Dr. Maelzer das Wort.

Dr. Dennis Maelzer (SPD): Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Sehr geehrte Damen und Herren! Wir haben gestern ausführlich über Ihre KiBiz-Fortschreibung diskutiert. Für die meisten Betroffenen bleibt Ihr Entwurf eine große Enttäuschung.

(Beifall von der SPD)

Deshalb lohnt es sich nicht, heute noch viel Zeit auf Ihre KiBiz-Vorschläge zu verwenden, denn das geschichtliche Urteil über den vorliegenden Gesetzentwurf scheint bereits gesprochen, bevor der Landtag seine Zustimmung erteilt hat.

(Beifall von der SPD – Lachen von der FDP)

Der große Wurf, auf den so viele für die frühkindliche Bildung gehofft hatten, ist es beileibe nicht geworden – eher eine weitere Überbrückung. Schon heute ist klar: Nach der Reform ist vor der Reform. – Darum gilt es, sich besser mit der Zukunft zu befassen.

Meine Damen und Herren, bei einer grundlegenden Reform muss das Wohl des Kindes im Mittelpunkt stehen. Davon ist in Ihrem Entwurf herzlich wenig zu lesen. Wir waren uns einmal einig, dass Kinder nicht länger als neun Stunden am Tag institutionell betreut werden sollen. Dann gehört dieser Anspruch aber auch ins Gesetz und nicht nur in die Begründung.

(Beifall von der SPD)

Deutlich wird: Sie denken im Korsett des KiBiz. Als SPD geben wir den Anspruch auf einen Systemwechsel nicht auf. Wir müssen weg von den Kindpauschalen und hin zu einer sicheren Einrichtungsfinanzierung.

(Beifall von der SPD)

Diesen Weg der Systemumstellung können wir heute einleiten, wenn Sie unserem Änderungsantrag folgen. So ganz überraschend kann dieser für Sie auch

nicht gekommen sein; schließlich haben wir im Vorfeld schon intensiv im Ausschuss darüber diskutiert. Aber wenn Sie Ihre Ohren dort auf Durchzug gestellt haben, ist es für Sie vielleicht überraschend, dass wir diese Änderungen heute wieder nach vorne stellen.

Wir benötigen für eine Umstellung eine Qualitätssicherungspauschale in der Größenordnung von 500 Millionen Euro. Die ebnet den Weg für die Sockelfinanzierung.

Die Sockelfinanzierung ist es, die mehr Qualität und vor allen Dingen Planungssicherheit bei den Trägern und damit letztlich auch für die Beschäftigten schafft.

Es sind die Kindpauschalen, die in Nordrhein-Westfalen dazu führen, dass wir trotz Fachkräftemangels einen besonders hohen Anteil an Teilzeitstellen für Erzieherinnen und Erzieher haben, dass wir einen besonders hohen Anteil an befristeten Stellen haben.

Aber wie sollen Erzieherinnen und Erzieher ein sicheres Umfeld für unsere Kinder schaffen, wenn unser Kita-System eben keine sicheren Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten schafft?

Darum muss das kommende Kita-Jahr das letzte Kita-Jahr sein, in dem die Kitas mit unzureichenden Kindpauschalen auskommen müssen.

(Beifall von der SPD)

Wir wollen die Trägervielfalt erhalten und deshalb auch die Trägeranteile bei den freien Trägern deutlich senken. Das soll und kann aus unserer Sicht allein das Land finanzieren. Das entlastet die Träger, die wir dringend für den weiteren Kita-Ausbau brauchen; es entlastet aber eben auch die Kommunen.

Wir wollen Bildungsgerechtigkeit bei den Elternbeiträgen herstellen. Dank der Bundesmittel von Franziska Giffey wird ein weiteres Kita-Jahr beitragsfrei. Das ist gut. Besser wäre es, wenn auch das Land hier eigene Anstrengungen unternehmen würde. Die Kita-Gebühren müssen weg; die Spielräume dafür sind da.

(Beifall von der SPD – Jörn Freynick [FDP]: Das ist unseriös! – Marcel Hafke [FDP]: Populismus!)

Herr Minister, ich schätze Sie persönlich: Wenn Sie gleich hier mit treuen Augen erklären werden, für die Kitas sei einfach mehr Geld nicht vorhanden, halte ich das für absolut unglaubwürdig.

Ihre Partei, die FDP, hat gestern Steuersenkungspläne für die Wirtschaft in Höhe von 33 Milliarden Euro vorgestellt.

(Zurufe von der SPD: Oho!)

Milliarden für Unternehmen sollen da sein, aber keine Million für Kinder? – Nein, von dieser FDP lassen wir uns mit Sicherheit nicht erklären, was finanzierbar ist und was nicht.